



Detailansicht des Registereintrags

ITAD - Interessengemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e.V.

Aktuell seit 16.07.2026 09:40:47

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000996
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	16.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	19.05.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: ITAD e.V. Peter-Müller-Straße 16a 40468 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +4921193676090 E-Mail-Adressen: info@itad.de Webseiten: <u>www.itad.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

340.001 bis 350.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,26

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr.-Ing. Ragnar Warnecke**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Dipl.-Ing. Peter Bollig**
Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
3. **Dirk Remmert**
Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Dr.-Ing. Bastian Wens**
2. **Dipl.-Ing. Martin Treder**
3. **M.A. Ricardo Reitz**

Gesamtzahl der Mitglieder:

101 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

4 natürliche Personen

97 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. The Confederation of European Waste-to-Energy Plants (CEWEP)
2. Entsorgungsgemeinschaft der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V.
3. Arbeitsgemeinschaft Fernwärme
4. Interessengemeinschaft Deutsche Deponiebetreiber e.V. (InWesD)
5. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (15):

Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Industriepolitik; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

„ITAD e.V. ist die Interessengemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland. Über 90 Thermische Abfallbehandlungsanlagen (TAB) mit über 95 % der bundesdeutschen Behandlungskapazität sind Mitglied der ITAD. Sie verwerten jährlich rund 25 Mio. Tonnen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Damit gewährleisten sie maßgeblich die Entsorgungssicherheit und sind Garant der Daseinsvorsorge. Darüber hinaus werden durch die Substitution von Strom und Wärme aus fossilen Energieträgern sowie die Verwertung von Verbrennungsrückständen (Metalle, Mineralien als Baustoffe etc.) Emissionen und Primärrohstoffe eingespart.

ITAD e.V. setzt sich für die Interessen der Betreiber und Eigentümer von TAB ein („TAB“ umfasst im Wesentlichen Siedlungsabfall-Verbrennungsanlagen und Ersatzbrennstoff-Kraftwerke). Dabei verfolgt ITAD das Ziel, eine nachhaltige (umweltgerechte, soziale, ökologische und ökonomische) Entwicklung der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen zu fördern und vertritt dieses gegenüber der Öffentlichkeit, politischen Entscheidungsträgern und Behörden. Um dies zu erreichen, informiert ITAD durch Öffentlichkeitsarbeit und Forschungsvorhaben über die Vorteile thermischer Abfallbehandlungsanlagen.

Ein Bestandteil der Tätigkeiten von ITAD umfasst die direkte Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern und Behörden, die Teilnahme an Anhörungen und Arbeitsgruppen, sowie die Erstellung und Verbreitung von Positionspapieren und Stellungnahmen zu legislativen Vorhaben, die die thermische Abfallbehandlung betreffen. ITAD setzt sich zudem aktiv für die Förderung von Innovationen und nachhaltigen Technologien im Bereich der Kreislaufwirtschaft ein. Diese Aktivitäten dienen dazu, ökologische und ökonomische Ziele zu unterstützen und tragen maßgeblich dazu bei, einen transparenten und konstruktiven Dialog zwischen allen Beteiligten zu fördern. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die thermische Abfallbehandlung in Deutschland und Europa positiv zu gestalten und somit einen nachhaltigen Beitrag zur Circular Economy und zum Umweltschutz zu leisten.“

Konkrete Regelungsvorhaben (20)

1. Produktstatus für alle mineral. Ersatzbaustoffe für alle Materialklassen nach der EBV

Beschreibung:

„Für die geplante Verordnung des Bundesumweltministeriums (BMUV) zum Ende der Abfalleigenschaft für mineralische Ersatzbaustoffe (kurz: Abfallende-Verordnung) liegt seit dem 29.12.2023 ein BMUV-Eckpunktepapier vor. Danach ist vorgesehen, dass nur bestimmte Mineralische Ersatzbaustoffe (kurz: MEB) ihrer besten Materialklassen nach der Ersatzbaustoffverordnung (als Teil der Mantelverordnung) den Status "Abfall-Ende bzw. Produktstatus" erlangen können. Wir setzen uns dafür ein, dass alle in der EBV geregelten MEB sämtlicher Materialklassen zukünftig gemäß einer bundeseinheitlichen Abfall-Ende-Verordnung den "Abfall-Ende-Status" erreichen können, sofern und soweit sie bemessen an ihrer Materialklasse in den zulässigen Einbauweisen der EBV eingesetzt werden.“

Referentenentwurf:

Eckpunktepapier zur Abfallende-Verordnung für bestimmte mineralische Ersatzbaustoffe (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 28.12.2023

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

2. **Nichteinbeziehung der TAB in die Novelle der GewAbfV**

Beschreibung:

Wir setzen uns für die Streichung von § 14 RefE GewAbfV ein, nach welcher Thermischen Abfallbehandlungsanlagen konkrete Überprüfungspflichten im Hinblick auf Abfallanlieferungen erstmalig aufgebürdet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GewAbfV 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406130038** (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Stärkere Berücksichtigung der TAB in Nationaler Kreislaufwirtschaftsstrategie**

Beschreibung:

Im Rahmen der Stellungnahme fordert ITAD das folgende Aspekte in der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie berücksichtigt werden:

TAB als Energielieferant und Systemdienstleister

TAB als Quelle für Sekundärrohstoffe

Zero Waste ist unmöglich

TAB in der Daseinsgrundfunktion

TAB als Partner in der Carbon-Management-Strategie

Keine nationalen Alleingänge im europäischen Emissionshandel

Bürokratieabbau

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2407110017** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **Überarbeitung der Anforderungen an die Verwendung von Sekundärrohstoffen in Bauprodukten**

Beschreibung:

Die Anforderungen an die Verwendung von Sekundärrohstoffen in Bauprodukten sollen überarbeitet werden (insbes. in der ABUG), um einen Einsatz von Sekundärrohstoffen zu ermöglichen bzw. zu fördern. Nicht die Bewertung der Einsatzstoffe sollte im Vordergrund stehen, sondern das fertige Bauprodukt. Denn letztlich kommt das Bauprodukt in Wechselwirkung mit Menschen und Umwelt, weshalb entscheidend ist, in welcher Menge Inhaltsstoffe aus diesem Endprodukt freigesetzt werden.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412120030** (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

5. **Berücksichtigung der Eignung von TAB-Standorten zum Aufbau einer Energiespeicherinfrastruktur**

Beschreibung:

Entwurf der Ausschreibung von zusätzlichen grundlastfähigen Gaskraftwerken und Langzeitstromspeichern. TAB-Standorte eignen sich zum Aufbau von Energie- und Hochtemperaturspeichern.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für gesicherte Kraftwerksleistung (Kraftwerkssicherheitsgesetz)

Datum des Referentenentwurfs: 22.11.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
(20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KWKAusV [alle RV hierzu]; EnFG [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; KWKG 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412190027 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

6. Überarbeitung der Umsetzung der IED in deutsches Recht**Beschreibung:**

ITAD betont, dass bei der Umsetzung IE-Richtlinie zu berücksichtigen ist, dass bürokratische Belastungen zu minimieren sind. ITAD weist auf zunehmende Rückmeldungen hin, dass keine ausreichenden Kapazitäten zur Auditierung vorhanden sind.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 02.12.2024

Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503310066 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. Nachhaltiges Ressourcenmanagement mit Sekundärbaustoffen

Beschreibung:

Im Sinne des nachhaltigen Ressourcenschutzes sind alle Möglichkeiten des Einsatzes von Sekundärbaustoffen auszuloten und zu nutzen. Hierfür ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Einsatz von mineralischen Sekundärbaustoffen unerlässlich. Dafür müssen folgende vier Kernpunkte dringend (gesetzlich) angepasst / umgesetzt werden:

1. Zeitnahe Novellierung der Ersatzbaustoffverordnung
2. Produktanerkennung für Sekundärbaustoffe
3. KrWG-gerechte Ausschreibungen
4. Einsatz von Sekundärbaustoffen in Zement und Beton.

Betroffenes geltendes Recht:

[ErsatzbaustoffV \[alle RV hierzu\]](#); [KrWG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#);
Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2506150001](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG
dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2512090024](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. KRITIS-Dachgesetz: Entfernung des Sektors Siedlungsabfallentsorgung aus dem Geltungsbereich

Beschreibung:

Der Sektor Siedlungsabfallentsorgung wird nicht von der CER-Richtlinie umfasst und sollte entsprechend nicht vom KRITIS-Dachgesetz erfasst werden (gemäß dem Grundsatz einer schlanken, bürokratieentlastenden 1:1-Umsetzung europäischer Vorgaben)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2510 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509040016 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

9. Sachgerechte Berücksichtigung von TAB im Rahmen der Emissionshandelssysteme

Beschreibung:

Wir setzen uns dafür ein, dass Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen eine Einbeziehung von thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Emissionshandelssystemen (sowohl nationale als auch europäische) einen abfallwirtschaftlichen Nutzen im Sinne einer Kreislaufwirtschaft und auch einen Klimanutzen entfalten können. Solche Systeme müssen durch die betroffenen Anlagen umsetzbar sein und auch Aspekte hinsichtlich notwendiger Infrastruktur und marktwirtschaftlichen Regelungen zur aktiven Reduktion unvermeidbarer CO₂-Emissionen durch Carbon Capture berücksichtigen.

Referentenentwurf:

Zweite Verordnung zur Änderung der Brennstoffemissionshandelsverordnung (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 30.06.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BEHG [alle RV hierzu]; TEHG 2025 [alle RV hierzu]; BEHV [alle RV hierzu]; KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2509260031 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. SG2601140002 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

10. **Die Rolle von Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in einer nationalen und europäischen Kohlenstoffwirtschaft**

Beschreibung:

Thermische Abfallbehandlungsanlagen gehören zu den Sektoren mit unvermeidbaren Emissionen, die nicht durch einen „Fuel-switch“ vermieden werden können. Dies ist nur mittels CO₂-Abscheidungsanlagen möglich. Hier setzt sich ITAD e. V. für einen geeigneten Rechtsrahmen ein, der den Aufbau von Abscheidungsanlagen an TAB fördert und zugleich Geschäftsmodelle für die Abscheidung von biogenem CO₂ sowie Negativemissionen zulässt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1494 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509260032 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

11. **Berücksichtigung der thermischen Abfallbehandlung mit CCU als Recyclingverfahren für Verpackungskunststoffe**

Beschreibung:

Durch die Begriffsbestimmungen „stoffliches Recycling“ und „werkstoffliches Recycling“ würde die thermische Abfallbehandlung mit Carbon-Capture-Anlagen für die Rückgewinnung von Kohlenstoff faktisch ausgeschlossen.

Das Gesetz muss technologieoffen gestaltet werden, dass auch die thermische Abfallbehandlung mit nachgeschalteter Carbon-Capture-Technologie, oder andere Verfahren zur Rückgewinnung von Kohlenstoff aus Verpackungen, Berücksichtigung finden.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 17.11.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]; VerpackG [alle RV hierzu]; GewAbfV 2017 [alle RV hierzu]; EWKFondsG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512090025 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

12. **Richtlinie zur Förderung klimaneutraler Produktionsverfahren in der Industrie durch Klimaschutzverträge (FörderRiLi Klimaschutzverträge)**

Beschreibung:

Der Entwurf für die Novellierung der Förderrichtlinie Klimaschutzverträge vom 06.10.2025 stellt die grundsätzliche Förderfähigkeit von Thermischen Abfallbehandlungsanlagen zur Lieferung von Prozesswärme an Industrieanlagen fest. Der eingeführte Fördertatbestand, ist aus Sicht der ITAD nicht geeignet um CO₂-Abscheidungsanlagen an Thermischen

Abfallbehandlungsanlagen zu fördern. ITAD fordert, dass für die Thermische Abfallbehandlung ein eigener Fördermechanismus entwickelt wird oder die Förderrichtlinie so aufgestellt wird, dass diese für TAB nutzbar ist.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#)

13. **Verhinderung des Eintrages von Lachgas-Kartuschen in die thermische Abfallbehandlung**

Beschreibung:

Nicht vollständig entleerte Lachgas-Kartuschen verursachen in Anlagen der thermischen Abfallbehandlung große Schäden, da sie durch die Hitze in den Verbrennungskesseln der Anlagen explodieren können. ITAD befürchtet, dass das Problem der inkorrekten Entsorgung im Restmüll, auch wenn es Verbote oder Einschränkungen des Lachgas-Verkaufs und -Erwerbs gibt, aufgrund von Schwarzmarkt-Aktivitäten nicht behoben wird. Daher setzen wir uns auch für ein bundesweites Pfandsystem für die Kartuschen ein und informieren über die Auswirkungen einer unsachgemäßen Entsorgung (Presse, Social Media).

Interessenbereiche:

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#)

14. **Sachgerechte Regelungen für den Umgang mit Abwasser aus thermischen Abfallbehandlungsanlagen (Anhang 33 der Abwasserverordnung).**

Beschreibung:

Technologieoffene Behandlung von Abwasser aus thermischer Abfallbehandlung

Referentenentwurf:

Referentenentwurf einer Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung und zur Änderung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 18.03.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

AbwV [\[alle RV hierzu\]](#); BImSchG [\[alle RV hierzu\]](#); WHG 2009 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Immissionsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604020008** (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.03.2026 an:

Bundesregierung

15. **Sachgerechte und praxistaugliche Umsetzung von BVT-Schlussfolgerungen in Anhang 27 der Abwasserverordnung**

Beschreibung:

Die Neufassung des Anhang 27 AbwV dient der Umsetzung der BVT-Schlussfolgerungen aus den BVT-Merkblättern „Abfallbehandlung“ und „Abfallverbrennung“. Eine sachgerechte und praxistaugliche 1-zu-1-Umsetzung der BVT-Schlussfolgerungen in Anhang 27 der Abwasserverordnung unter Berücksichtigung bereits bestehender Gesetze und Verordnungen ist angezeigt.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf einer Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung und zur Änderung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 18.03.2026

Federführendes Ministerium: [BMUKN](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[AwSV](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [AbwV](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BImSchG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [WHG 2009](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2604020012](#) (PDF - 19 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

16. **Überarbeitung des Emissionsgrenzwertes zur Teilnahme am Kapazitätsmarkt**

Beschreibung:

Forderung an die Bundesregierung sich auf EU-Ebene für die Überarbeitung des § 9 StromVKG Emissionsgrenzwertes einzusetzen, um TAB die Teilnahme am Kapazitätsmarkt zu ermöglichen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 27.04.2026

Federführendes Ministerium: [BMWE](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605120016 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

17. Überarbeitung des § 56 GModG zur Umsetzung der Gebäudeautomatisierungspflichten**Beschreibung:**

Überarbeitung des § 56 GModG zum Schaffen eines Ausnahmetatbestandes für die Umsetzung der Gebäudeautomatisierungspflichten bei Heizungsanlagen mit einer Leistung von mehr als 70 kw / zum Aufbau eines Systems zur Gebäudeautomatisierung

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich

Datum des Referentenentwurfs: 05.05.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]; GEIG [alle RV hierzu]; CO2KostAufG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605120017 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

18. Verfahrenskritik; unverhältnismäßig kurze Stellungnahmefrist zu Umweltschutz-Moderinisierungs- Gesetz und VO**Beschreibung:**

Keine inhaltlich-fachliche Stellungnahme zum Gesetzes- und Verordnungsentwurf, sondern formelle Rüge der Stellungnahmefrist: Die Interessenvertretung beschränkte sich im Rahmen des konkreten Verfahrens auf eine formelle Rüge der unzureichenden Stellungnahmefrist (§ 47 Abs. 3 GGO i.V.m. § 47 Abs. 1 GOO). Ziel der Kontaktaufnahme war es, gegenüber dem federführenden Ministerium einzufordern, dass den beteiligten Verbänden eine verfahrensrechtlich angemessene Frist eingeräumt wird. Nur so kann eine sachgerechte, praxisbezogene und fundierte fachliche Prüfung der Entwürfe im Interesse unserer Mitglieder geleistet werden. Eine inhaltlich-fachliche Positionierung zum Regelungsvorhaben selbst ist mangels ausreichender Prüfzeit nicht erfolgt.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes und Verordnungsentwurf zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes

Datum des Referentenentwurfs: 02.07.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

UStatG 2005 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]; EWKFondsG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; ChemG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; EMASPrivilegV [alle RV hierzu]; AbfBeauftrV 2017 [alle RV hierzu]; BedGgstV [alle RV hierzu]; TätoV [alle RV hierzu]; DepV 2009 [alle RV hierzu]; ChemGiftInfoV [alle RV hierzu]; ChemVOCFarbV [alle RV hierzu]; BImSchV 9 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607080011 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

19. Nichteinbeziehung TAB in nEHS u. praxisnahe Überarbeitung des Versteigerungsverfahrens 2027 und Emissionsberichterstattung.

Beschreibung:

Die Einbeziehung von Abfallverbrennungsanlagen in das nEHS bleibt nicht gerechtfertigt. ITAD begrüßt die Verlängerung des Preiskorridors 2027, fordert aber höhere Versteigerungsmengen, eine Nachkaufgrenze von 20 Prozent, längere Kaufzeiträume und eine Begrenzung nicht mandatierter Finanzintermediäre. Ab 2028 benötigen TAB eine frühzeitig feststehende Preisbasis. ITAD schlägt eine Kopplung an den mengengewichteten

EU-ETS-I-Durchschnittspreis des Vorjahresquartals vor.

Die EBeV 2030 sollte Biomasseanteile kohlenstoff- statt energiebezogen bestimmen, um fossile Emissionen sachgerechter abzubilden. Zudem sind praxisgerechte Emissionsfaktoren für Hausmüll, ein Nullfaktor für zurückgeführtes Unverbranntes sowie eigene Regeln für heizwertarme, inerte oder wässrige Abfälle erforderlich.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des
Brennstoffemissionshandelsgesetzes (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 03.07.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BEHV [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]; BEDV [alle RV hierzu]; EBeV 2030 [alle RV
hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607160002 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

20. Anpassung § 45 KrWG für stärkere Berücksichtigung von Sekundärbaustoffen

Beschreibung:

§ 45 KrWG regelt die Pflichten der öffentlichen Hand bei Ausschreibungen u.a. von Sekundärbaustoffen ohne jedoch einklagbare Rechte Dritter zu begründen. § 45 KrWG muss daher um eine drittschützende Regelung ergänzt werden, die auch gerichtlich einklagbar ist - insbesondere wenn Primärbaustoffe in öffentlichen Ausschreibungen den Sekundärbaustoffen ohne Begründung vorgezogen werden.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (Vorgang)
[alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 26.06.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.900.001 bis 1.910.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Jahresabschluss_ITAD2025.pdf